

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVt und des DGVt-BV

Ausgabe 2/2020 – 19. März 2020



Inhalt

- » Aktuelles zu Corona / COVID-19
- » Aus der DGVt
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Aktuelle externe Forschungsprojekte
- » Online-Petitionen
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Regionales
- » Termine – DGVt-Fortbildung
- » Termine – DGVt-BV-Fortbildung
- » Termine – Tagungen
- » Interaktive Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen

Liebe Mitglieder,

es ist eine außerordentlich herausfordernde Zeit, in der wir uns befinden. Die Auswirkungen des Coronavirus sind auf der ganzen Welt und auf vielen Ebenen zu spüren. Es ist schwierig, wenn gar unmöglich, passende Antworten für die eigenen individuellen Fragen zu finden und die nächsten Schritte zu planen, wenn am nächsten Tag die Meldung vom Vortag schon überholt ist. Wie können wir uns in dieser Zeit gegenseitig unterstützen?

Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und alle Betroffenen zu schützen, haben wir bevorstehende Veranstaltungen abgesagt. Unsere Workshoptagung und die Mitgliederversammlungen der DGVt und des DGVt-BV finden daher nicht statt, weitere Fortbildungen und Seminare werden verschoben und teilweise abgesagt und auch in den Ausbildungszentren gibt es deutliche Einschränkungen. Es gibt viele offene Fragen und es stehen viele Entscheidungen an, die auch wir als Verband Schritt für Schritt erarbeiten und treffen müssen. Auf unserer Homepage halten wir Sie über die aktuellen Planungen auf dem Laufenden.

Viele Psychotherapeut*innen beschäftigt die Frage, wie sie nun ihren Arbeitsalltag auf die aktuelle Situation umstellen können und richten sich z.B. darauf ein, Therapie über Video zu organisieren. Eine Zusammenfassung aller relevanten Informationen dazu haben wir für unsere Mitglieder im internen Bereich des DGVt-Berufsverbands zusammengestellt.

Der Austausch über unsere Mailinglisten gewinnt noch mehr an Bedeutung in diesen Zeiten. Wir sind interessiert an Ihren Fragen und Anliegen und hoffen, Ihnen mit einigen Antworten und unserer berufsrechtlichen Beratung weiterhelfen zu können.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen alles Gute, Gesundheit und ausreichend Ruhe und Zusammenhalt, um auch diese Ausnahmesituation zu bewältigen.

Mit den besten Grüßen

*Ihr Vorstand und die Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle*

Aktuelles zu Corona / COVID - 19

- **Corona – Zusammenstellung aktueller Informationen und Praxishilfen auf unserer Homepage**
Zur aktuellen Lage mit dem Coronavirus möchten wir unseren Mitgliedern in den psychotherapeutischen Praxen einige Praxishilfen an die Hand geben sowie Hinweise auf nützliche Links, wie Sie und Ihre Patient*innen sich in dieser Situation verhalten können.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und im internen Mitgliederbereich des DGVt Berufsverbands. Hier finden Sie auch die DGVt-BV- Infos und FAQs, die wir laufend neu auf die Homepage einstellen.
- **Begrenzung von Videobehandlungen aufgehoben – KBV und Kassen setzen 20 %-Grenze vorläufig außer Kraft**
Der DGVt-Berufsverband hat sich am 13. März 2020 an KBV, GKV-Spitzenverband und BMG gewandt, mit der Forderung, die 20 %-Grenze für Videosprechstunde bei Vertragspsychotherapeut*innen aufzuheben. Den Brief finden Sie [hier](#). Mit Erfolg, denn inzwischen wurde die Begrenzung für Videobehandlungen aufgehoben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
Psychisch kranke Menschen brauchen auch während der Corona-Epidemie eine kontinuierliche psychotherapeutische Versorgung. Auch die BptK hatte sich in diesem Sinne eingesetzt (s. Pressemeldung vom 17. März 2020): „Wir begrüßen sehr die schnelle Entscheidung, die Begrenzungen von Online-Videobehandlungen aufzuheben“, betont Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BptK), zu der Entscheidung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und des Spitzenverbands der gesetzlichen Krankenkassen. Danach sind Online-Behandlungen per Video nicht mehr auf 20 Prozent der Patient*innen und Leistungen limitiert. Die neue Regelung gilt vorläufig ab dem 1. April 2020.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Leitlinien zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Raum**
Die Bundesregierung und die Regierungschefs der Länder haben am 16. März 2020 Leitlinien zum einheitlichen Vorgehen zur weiteren Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Raum vereinbart.
Die Leitlinien sehen vor, Zusammenkünfte in Vereinen zu verbieten, zu regeln welche Einrichtungen geöffnet bleiben sollen und welche zu schließen sind und setzen die Maßgabe, dass Regelungen mit Blick auf Besuchsregelungen in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehaeinrichtungen, Pflegeheimen und besonderen Wohnformen im Sinne des SGB IX sowie ähnlichen Einrichtungen zu treffen sind. Es wird erlassen werden, dass in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehaeinrichtungen, Pflegeheimen und besonderen Wohnformen im Sinne des SGB IX sowie ähnlichen Einrichtungen sowie Universitäten, Schulen und Kindergärten ein Betretungsverbot für Personen besteht, die sich in den letzten 14

Tagen in Risikogebieten im Ausland oder besonders betroffenen Regionen im Inland nach RKI- Klassifizierung aufgehalten haben (siehe [hier](#)).

Teil der Vereinbarung ist, dass die folgenden Bereiche nicht geschlossen werden sollen:

- Einzelhandel für Lebensmittel
- Wochenmärkte
- Abhol- und Lieferdienste
- Getränkemärkte
- Apotheken
- Sanitätshäuser
- Drogerien
- Tankstellen
- Banken und Sparkassen
- Poststellen
- Frisöre
- Reinigungen
- Waschsalons
- Zeitungsverkauf
- Bau-, Garten- und Tierbedarfsmärkte und der Großhandel

In diesen Bereichen soll das Sonntagsverkaufsverbot grundsätzlich ausgesetzt werden. Dienstleister und Handwerker können ihrer Tätigkeit weiterhin nachgehen. Alle Einrichtungen des Gesundheitswesens bleiben unter Beachtung der gestiegenen hygienischen Anforderungen geöffnet.

Die vollständige Vereinbarung ist [hier](#) zu finden.

- **Corona-Krise: Paritätischer warnt vor Welle der Insolvenzen im sozialen Sektor**

Angesichts der Corona-Pandemie fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband sofortige und umfassende Finanzhilfen für gemeinnützige Einrichtungen und Anbieter sozialer Dienstleistungen. Der Verband warnt davor, dass in relativ kurzer Zeit eine Welle von Insolvenzen den gemeinnützigen Sektor erfassen könnte, wenn nicht frühzeitig staatliche Hilfen gewährt werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aus der DGVT

- **DGVT und DGVT-BV sagen die Workshoptagung und die MVen ab**

Die aktuelle sehr dynamische Situation in Bezug auf das Coronavirus und eine Risikoeinschätzung für unsere Workshoptagung in Köln hat den Gesamtvorstand nach sorgfältiger Abwägung dazu bewogen, die WS-Tagung vom 26.3.-28.3.2020 abzusagen. Diese Entscheidung wurde gefällt aus Fürsorge und Gesundheitsschutz für alle Beteiligte. Auch die Mitgliederversammlungen der DGVT e.V. und des DGVT-BV am 27. März 2020 werden abgesagt. Satzungsgemäß werden diese im laufenden Jahr nachgeholt. Einen Ersatztermin und Ort für die Mitgliederversammlungen 2020 werden wir sobald wie möglich bekanntgeben.

- **DGVT und DGVT-BV unterstützen die Internationalen Wochen gegen Rassismus**

Am Montag, den 16. März, begannen die Internationalen Wochen gegen Rassismus, zum 25. Mal in Deutschland. Zwar wird es wegen der Ausbreitung des Coronavirus dieses Mal weniger öffentliche Veranstaltungen im Rahmen der Antirassismus-Wochen geben als ursprünglich geplant, doch die Dringlichkeit des Themas wird dadurch nicht geringer. Dass eine Partei in den deutschen Parlamenten vertreten ist, deren Vertreter*innen zumindest in Teilen rechtsextrem und faschistisch denken und handeln, darf nicht zur Normalität werden. Welchen Einfluss sie trotz aller Abgrenzungs- und Nichtvereinbarkeitsbekundungen bereits hat, haben nicht nur die Vorgänge um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen gezeigt. Auch die Zahl der rechtsextrem und rassistisch motivierten Terroranschläge und Morde im Land steigt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Entwurf zum Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) liegt vor – DGVT und DGVT-BV sehen noch erheblichen Konkretisierungsbedarf**

Die Pläne zur Digitalisierung im Gesundheitswesen werden weiter vorangetrieben. Neuester Baustein ist die Vorlage eines Referentenentwurfs für ein Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) durch das Bundesgesundheitsministerium. Darin werden nun auch die Rahmenbedingungen für die Einführung und Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA) festgelegt. Die Stellungnahme wurde Anfang März 2020 auch an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, Frau Prof. Dr. Claudia Schmidtke weitergereicht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Stellungnahme der Fachgruppe Psychosoziale Versorgung der DGVT zu zielgruppenspezifischen Versorgungsfragen**

Die Fachgruppe „Psychosoziale Versorgung“ in der DGVT hat die anderen Fachgruppen und die Kommissionen des Verbandes gebeten, aus ihren Erfahrungen Zielgruppen zu benennen, die besondere Versorgungsbedarfe haben. Aufgrund der verbandsinternen Stellungnahmen haben insbesondere folgende Personengruppen besondere Versorgungsbedarfe: Ältere Menschen, Menschen mit einem Migrationshintergrund mit und ohne Fluchterfahrung, Körperlich erkrankte Menschen mit psychotherapeutischen oder psychoedukativen Behandlungsbedarfen, Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen und mit neuropsychologischen und -physiologischen Störungen, Menschen mit einer Intelligenzminderung (geistigen Behinderung), Menschen mit Substanzkonsumstörungen, Menschen in Haft oder im Vollzug anderer Maßregeln und Menschen in prekären Wohnformen.

Die Stellungnahme finden Sie [hier](#)

- **„Brave New Psychotherapy“**

31. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung

vom 3. bis zum 7. März 2021 an der Freien Universität Berlin.

Seien Sie dabei und gestalten Sie den Kongress aktiv mit! Wir freuen uns über Ihre Beiträge.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DGVT-Spring-School für Promovierende am 3. März 2021 im Rahmen des DGVT-Kongresses**

Der Workshop der DGVT Spring-School für Promovierende beinhaltet verschiedene Aspekte der Untersuchung von Veränderungen psychotherapeutischer Interventionen. Im ersten Teil werden methodische Grundlagen aber vor allem auch neue methodische Entwicklungen und Weiterentwicklungen besprochen. Im Zentrum sollen Methoden wie Wachstumsmodelle, Nearest Neighbor, Qualitätssicherung, Network-analysis, Machine Learning und Propensity Score Matching stehen. Für jede Methode werden aktuelle Anwendungsmöglichkeiten besprochen und anhand von Beispielstudien und Projekten veranschaulicht. Dabei sollen vor allem aktuelle Anwendungen im Bereich der evidenzbasierten und personalisierten Indikationsforschung, der Untersuchung von Therapeutenunterschieden, der Feedbackforschung (Clinical Support Tools) und von E-Mental Health (Online Interventionen, Ecological Momentary Assessment, automatisierte Videoanalysen zur Emotionserkennung) diskutiert werden. Potenziale und Möglichkeiten der Psychotherapieforschung sowie die Implementation in die klinische Aus- und Weiterbildung sowie die klinische Praxis werden gemeinsam mit den Teilnehmer*innen erarbeitet und diskutiert.

Darüber hinaus wird den Teilnehmer*innen die Möglichkeit gegeben, eigene Forschungsprojekte einzubringen und mit der Gruppe als auch dem Dozenten zu diskutieren.

- **Start des Projektes BESTFORCAN**

Die DGVT e.V. unterstützt das Projekt BESTFORCAN, welches zum Ziel hat, eine sehr gut wirksame Psychotherapie: „Traumafokussierte Kognitive Verhaltenstherapie“ für traumatisierte Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 20 Jahren, die Opfer von Kindesmisshandlung und Vernachlässigung geworden sind, weiter zu verbreiten.

Aktuell werden niedergelassene Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen gesucht, die bei dem Projekt mitwirken möchten. Das Erlernen der Psychotherapie der PTBS ist dabei kostenfrei und wird wissenschaftlich begleitet. Außerdem gibt es Möglichkeiten der Vernetzung, ein Supervisionsangebot, Fortbildungspunkte und eine Aufwandsentschädigung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Landesgruppen

- **NIEDERSACHSEN**

Ergebnisse der Kammerwahl

Im Rahmen der Wahl zur Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen engagierten sich unsere Kandidat*innen von DGVt und DGVt-BV auf der Liste "VT in Kooperation" (www.vt-in-kooperation.de) und stellten sich für den PP- und den KJP-Bereich zur Wahl. Gewählt wurden:

PP	• Klaus Ditterich	KJP	• Janina Fiedler
	• Alexandra Klich		• Melany-Lavinia Moise
	• André Podziemski		• Mirja Rößner
	• Jörg Hermann		
	• Dominik Derer		



Herzlichen Glückwunsch an alle gewählten Kandidat*innen sowie ein ganz herzliches Dankeschön an alle Engagierten!

Die Wahlbeteiligung lag bei 45,5% (PP) / 41,5% (KJP). Weitere detailliertere Informationen gibt es [hier](#). Vielen Dank an alle Wähler*innen für die Unterstützung!

- **MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Aktuelles von der KV Mecklenburg-Vorpommern

- Aktuelle Zulassungsmöglichkeiten finden Sie in dieser [Bekanntmachung](#).
- Eine Bilanz der Terminservicestelle der KVMV finden Sie [hier](#).

Praxisleitfaden Gewalt

Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern veröffentlichte einen Leitfaden und eine Homepage mit denen medizinische Fachkräfte für das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt stärker sensibilisiert werden sollen, um Gewaltopfer besser zu erreichen und Hilfen anzubieten. Die Publikation sowie die dazugehörige Homepage (<https://www.praxisleitfaden-gewalt.de/>) wurden von der Arbeitsgruppe „Gewalt und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern“, bestehend aus Vertreter*innen der Ärzteverbände, der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, der Landeskoordinierungsstelle CORA sowie weiteren Expert*innen aus dem Gesundheitswesen und des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung, erstellt. [Hier](#) gelangen Sie zur Homepage, und [hier](#) direkt zum Leitfaden.

Suchtbericht Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2018 haben in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 10.127 Menschen Hilfe bei der ambulanten Suchthilfe gesucht; das sind 0,63% der Gesamtbevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (77% Männer, 23% Frauen). Das geht aus dem ersten landesweiten Suchthilfebericht hervor, den Wirtschaftsminister Harry Glawe gemeinsam mit Birgit Grämke, Referentin für Suchtkrankenhilfe und stellvertretende Geschäftsführerin der Landeskoordinierungsstelle für Suchtthemen Mecklenburg-Vorpommern (LAKOST) in Schwerin vorgestellt hat. 71% der Hilfesuchenden kamen wegen eines Alkoholproblems, 13% wegen eines Problems mit Cannabis, gefolgt von jeweils 3% wegen pathologischen Spielens, Stimulanzien und anderen Psychotropen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Bundesrat stimmt der Approbationsordnung für Psychotherapeuten mit eigenen Änderungen zu**

Der Bundesrat hat am 14. Februar 2020 dem Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit zu einer Approbationsordnung für Psychotherapeuten mit eigenen Änderungen zugestimmt. Sollte die Bundesregierung die Änderungen umsetzen, dann tritt die Verordnung am 1. September 2020 und damit zum Wintersemester 2020/2021 in Kraft. Das Gesetz zur Reform der Psychotherapeutenausbildung ermöglicht Abiturient*innen, direkt ein Universitätsstudium der Psychotherapie zu absolvieren. Die Approbation könnte dann nach einer staatlichen psychotherapeutischen Prüfung bereits nach dem Studium

beantragt werden, das in ein polyvalentes dreijähriges Bachelor- und ein zweijähriges Masterstudium aufgeteilt ist.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Grünes Licht fürs Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz**

Manipulationsbremse für Versorgungsverträge kommt in abgemilderter Form. Neue Regeln gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln beschlossen.

Der Bundestag hat am 13. Februar 2020 das „Faire-Kassenwettbewerb-Gesetz“ (GKV-FKG) verabschiedet und damit gleichzeitig den Weg für strengere Regeln gegen Lieferengpässe bei Arzneimitteln geebnet.

„Wir machen den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen gerechter. Die Kassen sollen nicht um die besten Finanztricks konkurrieren, sondern um den besten Service, die beste Versorgung und das modernste digitale Angebot“, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). „Und wir setzen alles daran, damit Lieferengpässe bei Arzneimitteln künftig vermieden werden können.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Barmer Arztreport: Immer mehr Menschen in Deutschland benötigen eine Psychotherapie**

Allein im Jahr 2018 suchten 3,22 Mio. Personen eine*n Therapeut*in auf und damit 41% mehr als in 2009. Rund zwei Drittel der Teilnehmer*innen gaben an, mit dem Ergebnis der psychotherapeutischen Behandlung vollkommen oder sehr zufrieden zu sein. Das geht aus dem Barmer-Arztreport hervor, den die Krankenkasse am 05. März 2020 vorgestellt hat. Die Wartezeit auf eine Therapie sei seit der Reform der Psychotherapie-Richtlinie kürzer geworden, jedoch müsse jede*r dritte Patient*in mindestens einen Monat und fast jede*r zehnte sogar mehr als drei Monate auf einen Therapieplatz warten. Zurzeit bekämen 94,4% der Patient*innen Einzeltherapien.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Änderung der Schutzimpfungs-Richtlinie**

Der GBA hat am 05. März 2020 eine Änderung der Schutzimpfungs-Richtlinie zu beruflich indizierten Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln sowie gegen Windpocken (Varizellen) beschlossen. Entsprechend der im Epidemiologischen Bulletin Nr. 2 dieses Jahres veröffentlichten Änderung der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) sieht auch der Beschluss des GBA zum Schutz vor Masern einen Anspruch auf eine zweimalige Impfung mit einem Kombinationsimpfstoff (Masern, Mumps, Röteln – MMR) für Personen in den folgenden Tätigkeitbereichen vor: medizinische Einrichtungen inklusive Einrichtungen sonstiger humanmedizinischer Heilberufe, Tätigkeiten mit Kontakt zu potenziell infektiösem Material, Einrichtungen der Pflege, Gemeinschaftseinrichtungen, Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern sowie Fach-, Berufs- und Hochschulen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Gesetzentwurf „zum Schutz vor Konversionstherapie“ an Gesundheitsausschuss überwiesen**

Die Bundesregierung will Therapien zur „Heilung“ von Homosexualität verbieten. Ihren Gesetzentwurf „zum Schutz vor Konversionsbehandlungen“ hat der Bundestag am Freitag, 6. März 2020, nach erster Lesung zur weiteren Beratung an den federführenden Gesundheitsausschuss überwiesen.

Das Verbot gilt auch für Volljährige, deren Einwilligung auf einem Willensmangel (Zwang, Drohung, Täuschung, Irrtum) beruht. Zudem wird das öffentliche Werben, Anbieten und Vermitteln dieser Behandlungen verboten, bei Minderjährigen auch das nichtöffentliche Werben, Anbieten und Vermitteln.

Die BptK begrüßt das geplante Verbot von Maßnahmen, die auf die Veränderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung oder der selbst empfundenen geschlechtlichen Identität gerichtet sind. Die Begriffe der Behandlung oder Therapie unterstellen jedoch weiterhin, dass es dabei um die Heilung von Krankheiten geht. Die BptK spricht sich daher dafür aus, im Gesetz auf die Begriffe „Behandlung“ oder „Konversionsbehandlung“ zu verzichten und diese durch „Maßnahmen“ oder „Konversionsmaßnahmen“ zu ersetzen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Die Stellungnahme der DGVt finden Sie [hier](#).

- Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung verfassungswidrig**

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) umfasst ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen und hierbei auf die freiwillige Hilfe Dritter zurückzugreifen. Die in Wahrnehmung dieses Rechts getroffene Entscheidung des Einzelnen, seinem Leben entsprechend seinem Verständnis von Lebensqualität und Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz ein Ende zu setzen, ist im Ausgangspunkt als Akt autonomer Selbstbestimmung von Staat und Gesellschaft zu respektieren. Mit dieser Begründung hat der Zweite Senat mit Urteil vom 26. Februar 2020 entschieden, dass das in § 217 des Strafgesetzbuchs (StGB) normierte Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung gegen das Grundgesetz verstößt und nichtig ist, weil es die Möglichkeiten einer assistierten Selbsttötung faktisch weitgehend entleert. Hieraus folgt nicht, dass es dem Gesetzgeber von Verfassungswegen untersagt ist, die Suizidhilfe zu regulieren. Er muss dabei aber sicherstellen, dass dem Recht des Einzelnen, sein Leben selbstbestimmt zu beenden, hinreichend Raum zur Entfaltung und Umsetzung verbleibt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Nur wenige schaffen Rückkehr in den Beruf**

Im Jahr 2018 bezogen bundesweit 1,8 Millionen Menschen eine Erwerbsminderungsrente, die allermeisten aufgrund von psychischen Problemen. Die monatliche Rente betrug durchschnittlich 795 Euro. Obwohl besonders am Anfang die Motivation der Leistungsempfänger*innen hoch ist, in den Beruf zurückzukehren, gelingt dies nur etwa einem oder einer von hundert. Dies ergab eine Studie von Wissenschaftlerinnen der Jacobs University Bremen und der Deutschen Rentenversicherung Oldenburg-Bremen mit 453 Betroffenen.

Eine maßgeschneiderte medizinische Rehabilitation, so eine der Schlussfolgerungen aus der Studie, könne eine Rückkehr wirksam unterstützen. Sie solle einer größeren Zahl von Betroffenen angeboten werden und sei umso Erfolg versprechender, je frühzeitiger sie angeboten werde und je jünger die Teilnehmenden seien.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Modellprojekt: Hilfen wie aus einer Hand**

Schwer psychisch erkrankte Menschen mit Einschränkungen der Teilhabe fallen bislang häufig durch die Maschen der Regelversorgung. Speziell für diese Zielgruppe bietet das Modellprojekt Gemeindepsychiatrische Basisversorgung (GBV) eine ambulant-aufsuchende psychosoziale Gesamtversorgung, die alle individuell erforderlichen Hilfen miteinander vernetzt.

Während der vierjährigen Projektlaufzeit (Juli 2019 bis Juni 2023) wird die Gemeindepsychiatrische Basisversorgung (GBV) modellhaft in zwölf Regionen erprobt, darunter Berlin, München und Essen. Die Universität Ulm führt eine begleitende wissenschaftliche Evaluation durch. Bei positiver Bewertung ist eine Übernahme der GBV in die deutschlandweite Regelversorgung nach SGB V möglich.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Elektronische Patientenakte**

In der Bevölkerung in Deutschland gibt es massive Informationslücken zur elektronischen Patientenakte (ePA). Rund 48% der über 14-Jährigen wissen bisher nicht, was der Begriff elektronische Patientenakte bedeutet. Das geht aus dem Digitalindex D21 hervor, der in Kooperation mit der Barmer entstanden ist und vorgestellt wurde. Die Analyse zum digitalen Wandel in Deutschland befasst sich auch mit der ePA, die im Januar 2021 startet. Vor allem ältere Personen seien häufig unsicher und verfügten über wenig Wissen rund um die künftige digitale Patientenakte.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) warnt Menschen mit psychischen Erkrankungen davor, die elektronischen Patientenakte (ePA) auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs eines „Patientendaten-Schutzgesetzes“ (PDStG) zu nutzen. Die elektronische Patientenakte erfülle bislang nicht die Mindeststandards, die zum Schutz der Patient*innen notwendig seien, erklärte BPtK-Präsident Dietrich Munz in einer Mitteilung am 27. Februar 2020. Menschen mit psychischen Erkrankungen müssten im Einzelnen darüber entscheiden können, wer zum Beispiel von einer Behandlung in einer psychiatrischen Klinik oder mit einem Antidepressivum erfahre. Da dies bisher nicht sichergestellt sei, könne

er nur davon abraten, Informationen über psychische Erkrankungen in der elektronischen Patientenakte zu speichern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Tabakkontrollskala: Letzter Platz für Deutschland**

Im europäischen Vergleich der Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums belegt Deutschland den letzten Platz. Dies zeigt die „Europäische Tabakkontrollskala 2019“, die am 20. Februar 2020 im Rahmen der „European Conference on Tobacco or Health (ECToH)“ vorgestellt wurde. Der letzte Platz sei ein Armutszeugnis für Deutschland, sagte Martina Pötschke-Langer, Vorsitzende des Aktionsbündnisses Nichtraucher (ABNR). Er sei Resultat jahrelanger politischer Untätigkeit. Die Tabakkontrollskala ist eine Rangliste von 36 europäischen Ländern, basierend auf Maßnahmen, die sie seit 2016 zur Verringerung des Rauchens in der Bevölkerung umgesetzt haben. Dazu zählen Tabaksteuererhöhungen, Rauchverbote, Aufklärungskampagnen, ein umfassendes Tabakwerbeverbot, Warnhinweise auf Tabakverpackungen und Unterstützung beim Rauchstopp.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Start des Bundesinvestitionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“**

Das Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ ist gestartet. Bundesfrauenministerin Franziska Giffey und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg, Melanie Leonhard, haben dazu am 20. Februar 2020 die erste Vereinbarung zur Förderung zwischen dem Bund und einem Bundesland unterzeichnet. Für das Bundesinvestitionsprogramm stehen im Bundeshaushalt 30 Mio. Euro für das Jahr 2020 zur Verfügung. In der Bundeshaushaltsplanung sind darüber hinaus jeweils 30 Mio. Euro für die Jahre 2021 - 2023 vorgesehen. Insgesamt stellt der Bund so 120 Mio. Euro zur Verfügung. Mit dem Förderprogramm trägt der Bund zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Hilfseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen bei. Fachberatungsstellen, Frauenhäuser und andere Hilfseinrichtungen sollen ausgebaut und besser ausgestattet, der Zugang zum Hilfesystem soll erleichtert werden, auch für Frauen, die bislang nicht gut erreicht wurden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stärkt psychisch kranke Väter**

Umgangsrecht darf nicht pauschal beschränkt werden – dies stellt nach Ansicht der Richter eine Diskriminierung dar. Auch psychisch kranke und getrennt lebende Väter haben ein Recht auf regelmäßigen Kontakt mit ihren Kindern. Für sich genommen ist die Krankheit kein Grund, sie anders als andere Väter zu behandeln, wie jetzt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschied.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Az.: 3891/19

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Elektrokrampftherapie-Zwangsbehandlung von Schizophrenie nicht genehmigungsfähig**

Eine Zwangsbehandlung von Schizophrenie durch Elektrokrampftherapie (EKT) ist im Regelfall nicht genehmigungsfähig. Dies geht aus einem Beschluss des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 15. Januar hervor, welcher am 17. Februar 2020 veröffentlicht wurde. Als „notwendig“ im Sinne des Gesetzes über die Genehmigung des Betreuungsgerichts bei freiheitsentziehender Unterbringung und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen könnten nur solche Behandlungen angesehen werden, deren Durchführung einem breiten medizinisch-wissenschaftlichen Konsens entsprechen, so die Karlsruher Richter.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Zwangsbehandlung trotz Patientenverfügung rechtens**

Die zwangsweise Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung und Behandlung mit Medikamenten können auch dann zulässig sein, wenn die betroffene Person dies in einer Patientenverfügung abgelehnt hat. Das Landgericht Osnabrück entschied, dies sei dann der Fall, wenn der oder die Betroffene eine Gefahr für Dritte darstelle.

Der Kläger habe sexuell enthemmtes und aggressives Verhalten gezeigt. Insofern müsse sein Selbstbestimmungsrecht hier zugunsten der Rechte Dritter eingeschränkt werden. Zudem habe er wegen

seiner psychischen Erkrankung nicht erfassen können, dass er wegen einer potenziell lebensbedrohlichen körperlichen Erkrankung auch hierfür Medikamente einnehmen müsse, erklärte das Gericht. Die Patientenverfügung, in der „jede Zwangsbehandlung, egal, mit welchen als Medikamenten bezeichneten Stoffen“ abgelehnt wurde, wertete das Gericht als Vorkehrung allein gegen eine psychiatrische Zwangsbehandlung. Ein Ausschluss einer Zwangsmedikation bei körperlichen Leiden greife hier also ohnehin nicht.

Gegen seinen Beschluss ließ das Landgericht den Rechtsweg zum Bundesgerichtshof in Karlsruhe zu. Das Verhältnis zwischen Patientenverfügung und Zwangsbehandlung sei höchststrichterlich nicht geklärt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Eigenanteile für Pflege sind gestiegen**

Die Eigenanteile, die Pflegebedürftige und ihre Familien selbst zahlen müssen, sind auf 1.940 Euro im Monat im bundesweiten Durchschnitt gestiegen, 110 Euro mehr als Anfang 2019. Das geht aus Daten des Verbands der Ersatzkassen (vdek) mit Stand 01. Januar 2020 hervor, über die das Ärzteblatt am 19. Februar 2020 berichtete. Es gebe jedoch nach wie vor große regionale Unterschiede. Am teuersten blieben Heimplätze in Nordrhein-Westfalen mit nun durchschnittlich 2.357 Euro. Am niedrigsten seien die Zuzahlungen mit 1.359 Euro in Sachsen-Anhalt. In den Summen sei zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Für Heimbewohner*innen kämen noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen in den Einrichtungen dazu. Der Eigenanteil allein für die reine Pflege sei im bundesweiten Schnitt auf 731 Euro im Monat gestiegen. Am 01. Januar 2019 habe er noch 655 Euro betragen. Bundesweit am höchsten sei der Eigenanteil nur für die reine Pflege weiter in Baden-Württemberg mit durchschnittlich 1.006 Euro (01. Januar 2020). Es folgten Berlin mit 939 Euro und Bayern mit 899 Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kein Anhaltspunkt für einen Nutzen von EMDR bei Angststörungen**

Das unabhängige Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) sieht keinen Anhaltspunkt für einen Nutzen von „Eye Movement Desensitization and Reprocessing“ (EMDR) bei Angststörungen. Das Institut teilte am 21. Februar 2020 mit, analysierte Studien ließen keine Aussagen zum Nutzen und Schaden von EMDR bei Angststörungen zu.

Geeignete Studien zur gesundheitsökonomischen Bewertung fehlten ebenfalls. Notwendig sind nach Ansicht der Arbeitsgruppe angemessen konzipierte und gut durchgeführte Studien mit hinreichender Darstellungsqualität der Ergebnisse und mit ausreichend langer Nachbeobachtungsdauer, um die Fragen in Zukunft besser beantworten zu können.

EMDR wird in Deutschland seit den 1990er Jahren bei der Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen eingesetzt und nur für diese Indikation auch seit 2015 von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Eine Übersicht der Zuständigkeiten im Reha-Prozess**

Reha-Träger und Leistungserbringer tragen beide Verantwortung für den Erfolg von Leistungen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Nur gemeinsam können Reha-Träger und Leistungserbringer eine möglichst umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch Reha- und Teilhabeleistungen erreichen. Daher hat die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e. V. (BAR) eine Übersicht veröffentlicht, in der die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Leistungserbringer beschrieben werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Richtlinie zur Förderung klinischer Studien mit hoher Relevanz für die Patient*innen-Versorgung**

Diese Richtlinie hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 24. Februar 2020 bekanntgegeben. Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung verfolgt das Ziel, den Transfer von Forschungsergebnissen in den medizinischen Alltag zu beschleunigen. Als Bei-

trag zur Umsetzung dieses Ziels fördert das Ministerium klinische Studien und systematische Übersichtsarbeiten von klinischen Studien nach internationalen Standards. Dabei sollen insbesondere solche Projekte gefördert werden, die auf das Schließen von Evidenzlücken abzielen und dadurch eine hohe Relevanz für das Gesundheitssystem aufweisen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Ein Frauentag ist nicht genug**

Am 8. März 2020 wurde der alljährliche Internationale Frauentag begangen. So wichtig und richtig es ist, an einem Tag im Jahr die Gleichstellung der Geschlechter zu thematisieren: Auch 99 Jahre nach seiner Einführung am 8. März 1921 ist eine echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen noch nicht erreicht – hierzulande ebenso wenig wie weltweit. So zeigt eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, dass sich der Unterschied beim Bruttostundenlohn von Männern und Frauen in den vergangenen Jahren in Deutschland um gerade einmal 2 Prozent verringert hat – von 22,8 auf 20,9 Prozent. Und dies, obwohl Frauen bei schulischer und beruflicher Qualifikation heute weitgehend mit den Männern gleichgezogen haben.

Wesentliche Gründe für den anhaltenden Gender Pay Gap sehen die Forscher*innen in der ungleichen Aufteilung der unbezahlten familiären Sorgearbeit, die auch dazu führt, dass Frauen viermal so häufig in Teilzeit arbeiten wie Männer. Hinzu kommen geschlechtsspezifische Präferenzen bei der Berufswahl. Typischerweise von Männern ausgeübte technische Berufe sind meist besser bezahlt als überwiegend von Frauen erlernte Berufe.

Doch es gibt auch eine Lohnlücke, wenn solche Faktoren herausgerechnet werden. So hat das Statistische Bundesamt errechnet, dass der sogenannte „bereinigte Gender Pay Gap“ bei rund sechs Prozent liegt. Das bedeutet, dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation in den gleichen Berufen und bei gleicher Arbeitszeit weniger verdienen als Männer. Die Lohnlücke wirkt sich – unabhängig von der Ursache – lebenslang aus: „Nimmt man gesetzliche Rente, betriebliche und private Alterssicherung zusammen, beziehen Frauen durchschnittlich ein um 53 Prozent niedrigeres Alterseinkommen als Männer“, schreiben die WSI-Forscher*innen.

Schon diese Beispiele zeigen, dass es nicht bei einem eher symbolischen Frauentag bleiben darf. Notwendig sind vielmehr kontinuierliche Anstrengungen, diese und andere Ungleichheiten aktiv zu bekämpfen. Dazu gehören neben der Möglichkeit für junge Menschen, geschlechteruntypische Berufsfelder kennenzulernen und der finanziellen Aufwertung sozialer Berufe auch stärkere Anreize für Männer, Sorgearbeit zu übernehmen. Wo solche Maßnahmen nicht wirken, muss auch die Politik aktiv werden. Fortschritte mache die Gleichstellung vor allem da, wo die Politik mit Investitionen oder Regulierungen eingreife, heißt es in dem Report. Das gelte etwa für den Ausbau der Kinderbetreuung oder eine verbindliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte.

- **Nationales Gesundheitsportal soll die Gesundheitskompetenz stärken**

Wie das Ärzteblatt am 05. Februar 2020 meldete, will das Bundesgesundheitsministerium (BMG) Mitte dieses Jahres ein nationales Gesundheitsportal freischalten, das qualitätsgesicherte und evidenzbasierte Gesundheitsinformationen enthalten soll.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BPtK Round-table „Psychotherapie im Wandel / Digitalisierung und Psychotherapie“**

Am 22. Januar 2020 führte die Bundespsychotherapeutenkammer einen Round-table zum Einfluss der Digitalisierung auf die Psychotherapie durch. Zentrale Fragen dabei waren unter anderem, ob die Nutzung digitaler Medien in der Psychotherapie die Psychotherapie selbst und die Patient*in verändert oder die Nutzung von Elementen einer Online-Psychotherapie eine delegierbare Leistung ist, die auch von Assistenzkräften erbracht werden kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aktuelle externe Forschungsprojekte

Hier finden sie Hinweise auf Forschungsvorhaben und Umfragen anderer Institutionen, an denen Sie bei Interesse teilnehmen können. Für den Inhalt der Projekte sind ausschließlich die Studienbetreiber*innen zuständig. Aktuell können Sie an diesen Umfragen teilnehmen:

- **Forschungsbericht: Perspektive der Leistungserbringer - Modul 4 des Projekts „Evaluation von Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“**
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **„8 Leben“ sucht Studienteilnehmer*innen**
Das Institut und die Poliklinik für Medizinische Psychologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf sucht Studienteilnehmer*innen ab 18 Jahren für die Evaluierung des neuen Online-Programms „8 Leben“. Das Programm ist Teil des Suizidprävention-Projektes „4E“, das im Auftrag des BMG entstanden ist. „4E“ steht für „Entwicklung und Evaluation von E-Mental-Health-Interventionen zur Entstigmatisierung von Suizidalität“. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **NRW LSBTIQ* inklusiv ruft zur Online-Befragung auf**
Das Projekt „NRW LSBTIQ* inklusiv“ wurde ins Leben gerufen, um die Lebenswirklichkeit und die Problemlagen von LSBTIQ* mit unterschiedlichen Formen der Behinderung, chronischen Erkrankungen, psychischen und sonstigen Beeinträchtigungen in verschiedenen sozialen Kontexten kennenzulernen.
Welche Erfahrungen machen Sie z.B. in Einrichtungen der Behindertenhilfe als LSBTIQ* und wie nehmen Sie LSBTIQ*-Communities wahr? Wie und in welchen Situationen werden Sie von wem diskriminiert und ausgegrenzt? Welche Verbesserungen und Veränderungen wünschen Sie sich?
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Umfrage zu evidenzbasierter Psychotherapie**
Am Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität wird unter der Leitung von Prof. Dr. Hanna Christiansen gegenwärtig eine Online-Studie durchgeführt, welche sich mit dem Interesse an, dem Einsatz von und beruflichen Bedingungen zum Einsatz von evidenzbasierten Methoden in der Psychotherapie beschäftigt.
Das Ziel der Studie liegt zum einen in der Untersuchung von individuellen sowie organisationsbezogenen Hindernissen bei der Implementierung von evidenzbasierten Behandlungsmethoden in das psychotherapeutische Versorgungssystem, zum anderen in der Validierung von Instrumenten zur Untersuchung dieser Einflussfaktoren.
Alle Teilnehmenden haben die Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen. Verlost wird ein Wellnessurlaub im Wert von 500€ oder ein Eventim-Gutschein in Höhe von 500€. Die Umfrage dauert 15 Minuten und ist [hier](#) zu finden.
- **Umfrage zu innerer Beteiligung von Psychotherapeut*innen in der Therapie**
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir möchten Sie hiermit auf unsere bundesweite Umfrage des Lehrstuhls für Klinische und Biologische Psychologie der Universität Eichstätt-Ingolstadt zur inneren Beteiligung von Psychotherapeut*innen im Rahmen der Therapie hinweisen.
Mit unserer Umfrage wollen wir abbilden, wie die innere Beteiligung, wahrgenommene Ressourcen und Herausforderungen sowie bestimmte Patientencharakteristika die Zusammenarbeit mit Patient*innen, u.a. auch mit traumatisierten Patient*innen, aber ebenso Ihr persönliches Wohlbefinden in der Therapie beeinflussen. Langfristig können die Ergebnisse der Umfrage dazu beitragen, Qualifikationsmaßnahmen besser an den Bedürfnissen von Therapeut*innen auszurichten.
Wir freuen uns sehr, wenn Sie unser Projekt unterstützen, falls noch nicht über die Zusendung via PTK oder KV geschehen. Die anonyme Teilnahme dauert ca. 15 Minuten. Als Dank erhalten Sie am Ende

der Umfrage einen 10€-Gutschein für ein Geschäft zur Auswahl (Galeria Karstadt/Kaufhof, Media-Markt, Thalia oder Oxfam-Spende).

[Hier](#) gelangen Sie zur Umfrage.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und freuen uns über Ihre Teilnahme!

Gerne dürfen Sie die Befragung auch an interessierte Kolleginnen und Kollegen weiterleiten!

Mit besten Grüßen,

Katharina Goßmann (M.Sc.) & PD Dr. Antonia Barke

Lehrstuhl für Klinische und Biologische Psychologie

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Online-Petitionen

Hier finden sie Hinweise auf aktuelle Petitionen anderer Institutionen, an denen Sie bei Interesse teilnehmen können. Für den Inhalt der Petitionen sind ausschließlich die entsprechenden Institutionen zuständig. Aktuell können Sie an diesen Petitionen teilnehmen:

- **Bitte um Unterstützung der Online-Petition: Kinder psychisch- und suchtkrankter Eltern**
Anlässlich des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch und suchtkrankter Eltern“ hat die Landeskoordinierungsstelle Frauen und Sucht NRW BELLA DONNA eine Petition an die Bundesminister*innen Frau Dr. Giffey, Herrn Spahn und Herrn Heil gerichtet. Anliegen der Petition ist es, die Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe, die im Auftrag des Deutschen Bundestags tätig war und ihren Abschlussbericht im Dezember 2019 dem Bundestag zugeleitet hat, umzusetzen. Zudem ist es von Interesse, dass parallel zu dieser Umsetzung, die zwangsläufig mittel- und langfristige Prozesse erfordert, bereits kurzfristig finanzielle Mittel für die Praxis zur Verfügung gestellt werden.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Emotionaler Missbrauch bzw. psychische Gewalt als Straftatbestand**
Mit der Petition wird gefordert, dass emotionaler Missbrauch bzw. psychische Gewalt in Deutschland strafbar wird.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Für eine bessere Unterstützung von Müttern mit Wochenbett-Depression**
Mehr als jede zehnte Mutter, die ein Kind zur Welt gebracht hat, leidet unter einer Wochenbett-Depression. Solche Depressionen, aber auch Angst- und Zwangsstörungen nach einer Geburt werden jedoch oft erst spät oder gar nicht erkannt und viel zu selten angemessen behandelt. „Zu viele Mütter bleiben nach der Geburt ihres Kindes allein mit ihrer psychischen Erkrankung und werden schief angesehen, weil sie nicht vor Mutterglück strahlen“, stellt Dr. Dietrich Munz, Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) fest. „Eine Wochenbett-Depression kann aber gravierend die Beziehung zwischen Mutter und Kind stören, was sich wiederum langfristig negativ auf die emotionale und kognitive Entwicklung des Kindes auswirken kann.“
Die BPtK unterstützt daher eine Petition nach einer verpflichtenden Aufklärung und besseren Betreuung von Müttern und ruft alle Psychotherapeut*innen auf, sie zu unterschreiben.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

- **Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Schwachstellen bei der Ausgabe von elektronischen Ausweisen und Komponenten der Telematikinfrastruktur im Gesundheitswesen**
In ihrer Antwort weist die Bundesregierung darauf hin, dass der Datenschutz und die Datensicherheit beim Aufbau der Telematikinfrastruktur oberste Priorität haben. Deshalb seien Schwachstellen, wie

sie der Chaos Computer Club aufgedeckt hat, nicht akzeptabel. Der Aufbau der Telematikinfrastruktur befinde sich immer noch in einer recht frühen Phase. Noch würden keine medizinischen Behandlungsdaten gespeichert. Deshalb begrüße die Bundesregierung ausdrücklich, dass die Schwachstellen entdeckt und behoben wurden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion: Entwicklung bei der Ausgleichsabgabe und der Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderungen**

Rund 99.000 Betriebe haben in Deutschland im Jahr 2017 die Ausgleichsabgabe bezahlt. Die Zahl der beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber*innen belief sich im Jahr 2017 auf insgesamt rund 164.000. Ca. 42.000 Betriebe erfüllten die Beschäftigungsquote mit 0%.

Der Antwort kann u.a. auch entnommen werden, wie sich die Einnahmen durch die Ausgleichsabgabe auf Basis der in § 160 SGB IX zu leistenden Zahlungen in den Jahren 2009 bis 2018 bei den Integrationsämtern, bei der Bundesagentur für Arbeit und beim Ausgleichsfonds gestalten sowie die Anzahl der geförderten Projekte im Jahr 2018.

Die Anfrage der FDP-Fraktion finden Sie [hier](#).

Die Antwort der Bundesregierung finden Sie [hier](#).

- **Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Situation in den Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB)**

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Situation in den Beratungsstellen der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegt vor. Die Fraktion wollte von der Bundesregierung wissen, wie viele Menschen mit Behinderungen in diesen Beratungsstellen arbeiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Soziale und gesundheitliche Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Deutschland**

Die soziale und gesundheitliche Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Deutschland erfragten die Grünen in einer großen Anfrage und wollen darin wissen, welche Regelungen im deutschen Recht nach Kenntnis der Regierung LSBTI direkt oder indirekt diskriminieren, welche Regelungen in der Kritik internationaler Organisationen wie Europarat oder Vereinte Nationen stehen und welche dieser Regelungen die Regierung zu reformieren beziehungsweise zu beseitigen beabsichtigt. Zudem erkundigen sie sich nach Diskriminierungen von LSBTI am Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche, nach der Erkrankungs- und Suizidrate sowie sexuellem Missbrauch.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Verfassungsbeschwerden gegen das Masern-Impfpflicht-Gesetz**

Vertreter*innen mehrerer Familien mit Kleinkindern haben am 01. März 2020 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Eilanträge und Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zur Masern-Impfpflicht eingereicht. Sie betonten, sich nicht gegen die Impfungen an sich zu wenden, sondern gegen den Zwang, der eine selbstbestimmte Entscheidung nicht mehr zulasse. Die Eltern sehen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit der Kinder, das Erziehungsrecht der Eltern und Gleichheitsgrundsätze verletzt. Wann das Bundesverfassungsgericht über die Eilanträge und die Verfassungsbeschwerden entscheidet, ist noch nicht absehbar.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Recht Relaxed: eine junge Seite vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz**

Hier erfahren Kinder und Jugendliche, was sie dürfen, was andere dürfen und wo die Grenzen liegen. Und vor allem was Kinder und Jugendliche tun können, um nicht nur Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Die Wunschperle: Ein Comicbuch für Geschwisterkinder**

Das fröhliche und bunte Comicbuch erzählt von der traurigen kleinen Meeresschildkröte Anton und seinen beiden Geschwistern Oskar und Nala. Behutsam bereitet es das Thema psychische Erkrankungen für Kinder ab fünf Jahren auf. Der Begleitband soll eine sehr niederschwellige Elternhilfe sein. Er möchte Angehörige und Freunde dabei unterstützen, die neue, oftmals als sehr schwierig erlebte Situation besser zu verstehen, allererste Antworten geben und über Hilfeangebote informieren. Herausgeber ist der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e.V.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).
- Deutscher Ethikrat veröffentlicht Ad-hoc-Empfehlung zu Trans-Identität bei Kindern und Jugendlichen**

Am 20. Februar 2020 verabschiedete der Deutsche Ethikrat seine Ad-hoc-Empfehlung „Trans-Identität bei Kindern und Jugendlichen: Therapeutische Kontroversen – ethische Orientierungen“.

Er weist dabei unter anderem auf folgenden ethischen Grundsätze als Orientierung bei der Begleitung und Behandlung hin:

„Das allgemeine Persönlichkeitsrecht umfasst auch das Recht, ein Leben entsprechend der eigenen, subjektiv empfundenen geschlechtlichen Identität zu führen und in dieser Identität anerkannt zu werden. In allen Entscheidungsprozessen muss das Kind gehört und müssen seine Vorstellungen und Wünsche seiner Reife und seinem Alter entsprechend berücksichtigt werden. Diese Regel erhält umso mehr Gewicht, als es hier um Fragen der persönlichen Identität geht, über die die betroffene Person in letzter Konsequenz selbst zu entscheiden hat (...)“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Forderung nach wirksamen Präventions- und Interventionsmaßnahmen zum Kinderschutz im Internet**

Anlässlich des Safer Internet Day (SID), der am 11. Februar 2020 unter dem Motto „Together for a better internet“ steht, hat der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, seine Forderungen nach wirksamen Präventions- und Interventionsmaßnahmen zum Kinderschutz im Internet bekräftigt: „Im Internet sind unzählige Bilder und Filme, die sexuelle Gewaltverbrechen an Kindern und Jugendlichen zeigen, problemlos verfügbar. Bisher sind die Chancen, ungestraft davonzukommen, für diejenigen, die Missbrauchsabbildungen produzieren, besitzen oder verbreiten, viel zu gut. Die Ermittlungsinstrumente müssen dringend geschärft und der bestehende Strafraum endlich besser ausgeschöpft werden.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Nicht-Änderung der Kinder-Richtlinie im Untersuchungsheft für Kinder – Angaben zum Geschlecht des Kindes**

Nach Auswertung und Beratung der schriftlichen Stellungnahmen sowie der mündlichen Anhörung kommt der G-BA zu der Einschätzung, dass die Geschlechtsangaben im Gelben Heft nicht geändert werden sollen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Rechtsanspruch auf Alltagsunterstützung für Eltern mit psychischer Erkrankung und deren Familien**

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey möchte Familien mit Eltern, die psychische Probleme haben oder suchtkrank sind, künftig stärker unterstützen. Den betroffenen Familien will sie einen Rechtsanspruch auf Alltagsunterstützung wie Haushaltshilfe oder Kinderbetreuung gewähren, sagte sie den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

Nach Giffeys Vorstellung sollen sich hilfsbedürftige Eltern nicht mehr in einem Antrag ans Jugendamt wenden müssen, wenn sie etwa eine Haushaltshilfe oder eine Kinderbetreuung erhalten wollen. Stattdessen dürfen sie sich unmittelbar an eine Beratungsstelle oder ein Familienzentrum wenden. Damit solle gewährleistet werden, dass ernsthafte Krisen erst gar nicht entstehen.

Vorgesehen sei zudem, dass sich betroffene Kinder und Jugendliche künftig selbst und auch ohne Einverständnis der Eltern Hilfe holen können. Es sei oft so, dass Eltern mit psychischen oder Suchterkrankungen gar nicht merken, dass sie oder die Kinder Unterstützung benötigten. Bisher können Kinder und Jugendliche sich allerdings nur dann Hilfe bei Beratungsstellen suchen, wenn eine sogenannte Not- und Konfliktlage vorliegt, etwa bei Gefahr für Leib und Leben. Diese Bedingung würde dann entfallen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niedergelassene

- **Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg will die Vertragsärzte mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie nicht allein lassen und verspricht Ausgleichszahlungen**

Der finanzielle Ausgleich sieht vor, dass bei unveränderter Praxiskonstellatation alle Coronavirus bedingten Umsatzeinbrüche abgedeckt und eine Stützung auf 90 Prozent des aus dem Kollektivvertrag erzielten Gesamthonorars des Vorjahresquartals der Praxis erfolgt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Videobehandlung – 20%-Marke fällt vorläufig weg**

Die Begrenzungsregelungen für die Videosprechstunde („20%-Marke“) wurden von KBV und Kassen für das Quartal 2-2020 ausgesetzt. Für das laufende erste Quartal erfolgte keine Aussetzung, da davon auszugehen ist, dass die 20% -Marke nicht erreicht wird.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Bitte machen Sie sich alle mit den technischen Möglichkeiten der Videobehandlung vertraut, damit Sie in Ihren Praxen handlungsfähig bleiben in den nächsten Wochen.

Weitere Informationen zur Videobehandlung und deren Voraussetzungen für Praxen finden Mitglieder des DGVT-BV im [Mitgliederbereich](#).

- **„Face-to-face-Kontakt“ als Voraussetzung für Videosprechstunde**

Die Berufsordnungen sehen als Voraussetzung für eine Videobehandlung vor, dass Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung die (persönliche) Anwesenheit der Patientin oder des Patienten in der Praxis erfordern.

Die PTK Bayern hat sich als erste Kammer seit Auftreten der Corona-Krise vorsichtig-positiv geäußert bzgl. der Möglichkeit, auf den vorherigen Patienten-Kontakt zu verzichten (Stand 13. März 2020).

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **Aktuelle Situation in den Berufsordnungen (teils leichte Unterschiede in den Berufsordnungen der Landeskammern, hier die Muster-Berufsordnung)**

§ 5 Abs. 5 Muster-Berufsordnung regelt dazu:

„Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erbringen psychotherapeutische Behandlungen im persönlichen Kontakt. Behandlungen über Kommunikationsmedien sind unter besonderer Beachtung der Vorschriften der Berufsordnung, insbesondere der Sorgfaltspflichten, zulässig. Dazu gehört, dass Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung die Anwesenheit der Patientin oder des Patienten erfordern. Die Mitwirkung an Forschungsprojekten, in denen psychotherapeutische Behandlungen ausschließlich über Kommunikationsmedien durchgeführt werden, bedarf der Genehmigung durch die Landespsychotherapeutenkammer.“

- **Gruppenbehandlung als Videositzung**

Der DGVT-BV empfiehlt aufgrund der aktuellen Erkenntnisse über die Infektionswege, keine Gruppensitzungen mehr durchzuführen. Es wird verwiesen auf einen Umkehrschluss aus der Empfehlung

des RKI, welche besagt, dass man nicht in Quarantäne muss, wenn man gesund ist und innerhalb der letzten zwei Wochen im gleichen Raum mit einem Erkrankten mit einer COVID-19 Diagnose war, ohne einen engen Kontakt. (...)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Nach aktuellem Stand (EBM) ist die Gruppenbehandlung in der Regelversorgung (noch) nicht als Videobehandlung zu leisten. Es sind derzeit nur die Einzelbehandlungen in der Regelversorgung als Videosprechstunden möglich, also die 35421, 35422, 35435 = KZT/LZT, 23220 = Psychotherapeutisches Gespräch (Einzelbehandlung) sowie alle Grundpauschalen.

Einzige Ausnahme, also die einzige Leistung, die derzeit schon als Gruppen-Videobehandlung möglich ist, sind die Übenden Interventionen (Autogenes Training, Relaxationsbehandlung nach Jacobson) als Einzel- und Gruppenbehandlung für Erwachsene (EBM-GOP 35111 und 35112) und auch für Kinder und Jugendliche (als Gruppenbehandlung).

Eine sehr anschauliche Übersicht finden Sie [hier](#).

- **Kassen und KVen öffnen sich der Telefonbehandlung in der Ausnahmezeit mit der Corona-Krise**

Die ersten KVen haben es am 18. März 2020 auf ihren Homepages vermeldet: das psychotherapeutische Gespräch, die so genannte 10 Minuten-Ziffer, kann ab sofort auch als telefonische Leistung erbracht werden. Das stellt eine erste Erleichterung dar. Der DGVT-Berufsverband fordert allerdings, Telefonbehandlung auch auf alle anderen Kapitel des EBM auszuweiten als Ausnahmeregelung, solange viele Patient*innen gar nicht mehr in die Psychotherapiepraxen kommen können aufgrund der Corona-Krise.

Die Info der KVBW finden Sie [hier](#).

Auch die Bahn BKK hat am 18. März 2020 als weiterer Kostenträger die „psychotherapeutische Betreuung von Patientinnen/Patienten mittels Telefon“ mit einer Befristung bis 30. Juni 2020 zugelassen.

- **DGVT-Berufsverband und Fachverband für Gerontologie und Geriatrie setzen sich für die Ermöglichung von Telefonbehandlung bei älteren und besonders vulnerablen Personen ein in Zeiten der Corona Krise**

Die Chancen auf den Zugang zu Videosprechstunde sind für ältere und vulnerable Patient*innen aufgrund reduzierter technischer, körperlicher und kognitiver Ressourcen eingeschränkt. Daher sollten die bereits umgesetzten Möglichkeiten der Videobehandlung für alte und vulnerable Patient*innen auch vollumfänglich und uneingeschränkt in Form von Telefontherapie erbracht und abgerechnet werden können.

Unser Schreiben an KBV, Kassen und BMG finden Sie [hier](#).

- **ePA und eGA: Digitale Akten in der Psychotherapie – Interview mit Gerd Per und Nina Engsternmann**

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) vom März 2019 sind die gesetzlichen Krankenkassen ab dem 1. Januar 2021 verpflichtet, ihren Versicherten eine solche ePA zur Verfügung zu stellen. Gerd Per, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut aus Herne und Nina Engsternmann, Psychologische Psychotherapeutin aus Wetter, nehmen zu den aktuellen Fragen über ePA, eGA und die Situation für die Behandler*innen und die Patient*innen in den Praxen Stellung.

Zum Interview: [hier](#).

- **Anforderungen an ein psychiatrisches Gutachten zur Feststellung der Berufsunfähigkeit**

Das OLG Dresden kommt in seinem Urteil vom 05. November 2019 zu dem Entschluss, dass ein psychiatrisches Gutachten nicht zur Feststellung der Berufsunfähigkeit ausreicht, wenn es nur auf ärztliche Zeugnisse Bezug nimmt, die allein die Angaben des Versicherungsnehmers wiedergeben. Das Gutachten muss regelmäßig die eingehende Exploration des Patienten und eine kritische Überprüfung der Beschwerdeschilderung enthalten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **Neue Broschüre erschienen: Psychotherapie in der Kostenerstattung**



Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Kassenwatch-Newsletter: Kostenlos abonnieren**
Abonnieren Sie den Kassenwatch Newsletter!

Wir informieren Sie über folgende Themen:

- Situation der Kostenerstattung
 - Juristische Hinweise
 - Neue Vorgehensweisen der Krankenkassen
 - Aktivitäten des Kassenwatch-Teams
- Sie erhalten maximal 2x pro Monat einen Newsletter und können jederzeit kündigen.
[Hier](#) können Sie den Newsletter abonnieren.



Regionales

- **Bayern: Bayerisches Teilhabegesetz II (BayTHG II) im Gesetzblatt veröffentlicht**
Im Wesentlichen werden im BayTHG II Anpassungen hinsichtlich der Bezüge zum SGB IX (alt SGB XII) vorgenommen. Des Weiteren sollen mit den Anpassungen folgende Zielstellungen verfolgt werden:
 - Leistungen sollen künftig (wie) aus einer Hand erbracht und zeitintensive Zuständigkeitskonflikte vermieden werden.
 - Zur sozialraumorientierten Planung, sowohl im Bereich der Hilfe für Menschen mit Behinderung als auch im Bereich der Pflege sowie zur Sicherstellung wohnortnaher Ansprechpartner und Dienste für die Betroffenen wird die Kooperation der überörtlichen und örtlichen Ebene landesrechtlich verankert werden.
 - Die hohen bayerischen Standards im Bereich der Frühförderung für Kinder mit Behinderung sollen erhalten bleiben.
 - Das neu eingeführte Budget für Arbeit soll als echte Alternative zu der Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung ausgestaltet werden.
 - Die Bedarfsermittlung soll an die Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) angepasst und in einem transparenten Verfahren auch für Kinder und Jugendliche fortentwickelt werden.
 - Die Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung sollen künftig – getreu dem Motto „Nicht ohne uns über uns“ – noch enger in die unterschiedlichen Prozesse (u.a. Arbeitsgemeinschaft zur Fortentwicklung der Eingliederungshilfe, Schiedsstelle, Verhandlung der Rahmenverträge) eingebunden werden.Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Nordrhein-Westfalen: Empfehlungen zur Dokumentation psychotherapeutischer Behandlungen – Broschüre der PTK NRW erschienen**
Psychotherapeut*innen sind verpflichtet, ihre Leistungen zu dokumentieren. Die neue Broschüre „Empfehlungen zur Dokumentation psychotherapeutischer Behandlungen“ der Psychotherapeutenkammer NRW (PTK NRW) fasst die wesentlichen Elemente für die Basis- und die Verlaufsdokumentation ambulanter Behandlungen zusammen, die der Berufsstand in der Praxis umsetzt. Darüber hinaus informiert die übersichtliche und alltagstaugliche Publikation über die rechtlichen Grundlagen und die Ziele der Dokumentation.
Mindestanforderungen für die Basis- und die Verlaufsdokumentation ambulanter Behandlungen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Rheinland-Pfalz: Die KV Rheinland-Pfalz leitet eine Reform des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) ein**
Aufgrund veränderter Anforderungen und zusätzlicher Angebote hat die KV Rheinland-Pfalz eine umfangreiche Reform des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) eingeleitet. Als erste Stufe der Reform führte sie Anfang Januar 2020 den Patientenservice 116 117 zur Vermittlung von Patient*innen in geeignete Versorgungsstrukturen sowie zur Vermittlung von Terminen in Arzt- und Psychotherapeutenpraxen ein. Als zweite Stufe wird sie zum 1. Juli 2020 vier regionale Versorgungsbereiche des ÄBD ausweiten und damit vier Ärztliche Bereitschaftspraxen (ÄBP) in benachbarte ÄBP integrieren. Als dritte Stufe führt die KV RLP Hausbesuchsdienste ein. Dabei sollen zukünftig eigene Ärzt*innen eingeteilt werden, welche die Hausbesuche in einer weit größeren Region effizienter abdecken können. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Sachsen: Clearingstelle beim Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen**
Das Land Sachsen hat eine Clearingstelle beim Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen gem. § 10a Abs. 1 des Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (SächsAGSGB) eingerichtet. Bei dieser können Beschwerden über ein konkretes Handeln oder Unterlassen eines Trägers der Eingliederungshilfe (ein Sozialamt oder der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)) eingereicht werden. Die Clearingstelle hat die Aufgabe, bei Streitigkeiten zwischen dem Leistungsberechtigten nach § 99 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch

(SGB IX) und dem zuständigen Träger der Eingliederungshilfe im Einzelfall zu vermitteln und auf eine gütliche Einigung über Art und Umfang der Leistung sowie Verfahrensfragen hinzuwirken. Angelegenheiten vor dem 01.01.2020 behandelt die Clearingstelle nicht!

Der Clearingstelle gehören ein*e Vertreter*in des Kommunalen Sozialverbands Sachsen (KSV), ein*e Vertreter*in der übrigen Träger der Eingliederungshilfe, zwei Vertreter*innen der maßgeblichen Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen nach § 131 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) und jeweils ein*e Vertreter*in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen sowie der Verbände privater Anbieter sozialer Dienste in Sachsen an.

Die Einreichung einer Beschwerde ersetzt keinen Widerspruch und keine Klage vor Gericht. Fristen für einen Widerspruch oder für ein Klageverfahren sind bei einer Beschwerde parallel zu beachten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVt-Fortbildung

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgv.de wenden.



- **Paartherapie Aufbau – Seminar 2: Es gibt immer einen der mehr will... Wenn es keine Lösung zu geben scheint**
24.-25.04.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie (ACT) – Einführung**
08.-09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie von Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung**
09.05.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Suizidalität: Risikoabschätzung & Krisenintervention**
09.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie – Fallseminar 1: Schwerpunkt „Affären/Konfrontation“**
15.-16.05.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment-Therapie und japanische Kampfkunst**
16.-17.05.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVt)**
Start der Reihe am 16.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neurobiologie (der PTBS) und theoretische Grundlagen**
16.-17.05.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hoch- und Höchstbegabung: Herausforderungen und Lösungen außerhalb der Norm**
05.-06.06.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie – Einführung**
13.-14.06.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie Aufbau – Seminar 3: Das Schweigen der Paare. Intimität und Nähe in Langzeitbeziehungen**
19.-20.06.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Klopfmethoden bzw. Energetische Psychotherapie – imaginative Exposition mit sensorischer Stimulierung**
19.-20.06.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kognitive Verhaltenstherapie (KVT) bei traumatisierten Menschen**
20.-27.06.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie – Einführung**
03.-04.07.2020 in Reutlingen
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Behandlung komplexer Traumatisierungen**
04.-05.07.2020 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Warum wir Max und Moritz, den bösen Friederich und Rumpelstilzchen nicht in einen Topf werfen dürfen**
10.-12.07.2020 in Stuttgart
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Therapeutische Identitäten gestern und morgen**
28.-29.08.2020 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie Aufbau – Seminar 4: Ich weiß genau was du willst. Theory of mind für die Arbeit mit Paaren und in schwierigen Situationen in der Paartherapie nutzen**
28.-29.08.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen mit EMDR**
04.-05.09.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Let's Play – Gesellschaftsspiele als Intervention in Therapie und Beratung**
12.-13.09.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gruppenverhaltenstherapie**
18.09.2020 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paargespräche mit Eltern führen im Rahmen der KJP**
18.-19.09.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in die Therapie mit komplex-traumatisierten dissoziativen Patient*innen**
19.09.2020 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie – Fallseminar 2: Schwerpunkt „Streit- und Kampfpaae“**
25.-26.09.2020 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **ACT – Einführung und Anwendung**
Start der Reihe: 26.09.2020 in Dresden
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in transgenerationale Übertragungen**
26.-27.09.2020 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgvt-bv.de wenden.



- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für PP (Webinar)**
28.05.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für KJP (Webinar)**
03.06.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für PP (Webinar)**
25.06.2020, online über die Plattform "clickmeeting"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Online-Therapie und -Beratung**
14.-15.11.2020 in Düsseldorf
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Abrechnung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) für KJP**
25.11.2020 in Krefeld
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
27.-28.11.2020 in Frankfurt am Main
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – Tagungen

Aufgrund der aktuellen Situation möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass es zu weiteren Absagen von Veranstaltungen kommen kann. In diesem Falle werden Sie von uns rechtzeitig informiert. Bei Fragen können Sie sich gerne an fortbildung@dgvt.de wenden.



- **9. Sommerakademie der DGVT Fort- und Weiterbildung**
Mit den passenden Worten
18.-20.06.2020 in Rostock-Warnemünde
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **8. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art der DGVT Fort- und Weiterbildung**
Was uns bewegt? Emotionen!
12.-13.09.2020 in Potsdam
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Interaktive Fortbildung

Kommen Sie Ihrer Fortbildungsverpflichtung flexibel und zeitsparend mit der [Interaktiven Fortbildung](#) nach.

Online Fachartikel lesen und Fortbildungspunkte bei erfolgreicher Lernerfolgskontrolle (Multiple Choice-Fragen) erhalten.

- **Cognitive Processing Therapy zur Behandlung der Posttraumatischen Belastungsstörung (nur noch bis zum 14.04.2020 bearbeitbar)**

Julia König und Rita Rosner

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Spüre, dass du lebst! Nichtsuizidale Selbstverletzungen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter**

Tina In-Albon

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Berlin – ABGESAGT**

Regionale Mitgliederversammlung am Dienstag, 31. März 2020 um 19.30 Uhr im DGVT-Ausbildungsinstitut (KJP) in der Innsbrucker Str. 14-15, 10825 Berlin **ABGESAGT**.